

Der Volkzeitungskampf

Herausgeber: Martin Mutschmann

Ämliche Tageszeitung der N.S.D.A.P. Gau Sachsen

Bezugspreis: 1. ein Monat RM 2,50 (postf. 30 Pf. Postgeb.), 3. ein Vierteljahr RM 7,50 (postf. 90 Pf. Postgeb.), 6. ein halbes Jahr RM 13,50 (postf. 1,65 Pf. Postgeb.), 1. ein Jahr RM 25,00 (postf. 3,00 Pf. Postgeb.).

Nr. 25 · Sonnabend, 30. Januar 1932

Anzeigenpreis: Die halbe Seite 10 Pf., die ganze Seite 20 Pf., die halbe Seite 10 Pf., die ganze Seite 20 Pf., die halbe Seite 10 Pf., die ganze Seite 20 Pf.

Völkerbund bloßgestellt!

Wertlose Erklärungen Brüning's

Von Christian Finke.

Wenn der Kolonialwarenhändler Müller in Meinen seinen Gläubigern auf Grund eines Anleihenvertrages Ansummen zahlen und schließlich, um wenigstens einigermaßen seinen Verpflichtungen nachkommen zu können, Schulden machen muß, so ist es nicht verwunderlich, wenn Müllers Geschäft in absehbarer Zeit zusammenbricht. Verwunderlich wäre es vielmehr, wenn sich Müller nach dem Zusammenbruch seines Ladens in die Brust werfen und seinen Gläubigern in der Hoffnung, als bedeutender Geschäftsmann Bekanntheit zu erlangen, zurufen würde: „In Zukunft werde ich nichts mehr an Euch zahlen“. Die Gläubiger würden lachen und Müllers Fama würde nicht nur über die geschäftliche, sondern auch über die persönliche Unfähigkeit Müllers den nötigen Ansehensverlust erleiden. Müllers Knechtwürde würde, soweit sie noch irgendeinen Anstich besitzt, sagen: „Müller, du dummes Vieh, warum hast du nichts gegen den Anleihenvertrag unternommen, der deine Existenz von Anfang an bedrohte? Warum hast du deine Erklärung, nicht mehr zahlen zu wollen, nicht bereits abgegeben, als du noch zahlen konntest und erst heute, nachdem deine Erklärung wertlos geworden ist, weil sie eine überflüssige Bekanntheit in bemänteltester Form von lauter Käse gewordenen Tatsachen darstellt?“ Müller würde sich aus Meinen verziehen und nicht mehr geschickt werden.

Am Deutschen Reich vom 9. November 1918, dessen Begriffslexikon die Dinae auf den Kopf stellt, ist das anders. Es wurde sinnlos bezahlt auf Grund des Versailler Unrechtsdiktates. Verwundert sah man denjenigen an, der das schreckliche Ende solcher ins Politische übertragenen Geschäftspraktiken voraus sagte. Prompt brach die deutsche Wirtschaft auf und Brünning wird, ganz anders als Müller eben, sonderbarerweise als großer Mann gefeiert, weil er überflüssigerweise erklärte: „Deutschland wird in Zukunft keine Reparationen mehr zahlen.“ Statt daß Brüning und die Seinen beschämt von dannen ziehen, wie das unfähige Geschäftslente zu tun pflegen, soweit sie es mit sich selbst genau nehmen, läßt sich Brüning von einem gewissen Teil des deutschen Volkes als Held und Retter feiern. Brüning hat weiter nichts getan, als was Müller im Privatleben auch, aber zu spät getan hatte: er konstatiert die Zahlungsunfähigkeit seines Ladens — in einem Falle Kolonialwarenhandlung, im andern Falle Deutsches Reich genannt —, nachdem sich niemand mehr darüber im Zweifel war.

Was Brüning tat, als er französischen diplomatischen und englischen journalistischen Stellen gegenüber eine Tributverweigerungs- und Wundmachung übermittelte, war keine staatsmännische Leistung, sondern einfach eine Feststellung. Wo nichts ist, hat im Zeichen der Notverordnung auch Herr Brüning sein Recht verloren. Nachdem wir Nationalsozialisten 11 Jahre lang immer und immer wieder geordert haben, die Zahlungen einzustellen, jedoch nicht auf Grund objektiver Unvermögen, sondern auf Grund anderer natürlicher — machtpolitisch zu fundierenden — Rechte durch Befestigung des Versailler Unrechtsdiktates, stellt Brüning Tributverweigerung in Aussicht auf Grund einer Niesenplatte, verursacht durch getrennte Ausföhrung des Versailler Vertrages. Was soeben unter dem Namen „Deutsches Stillhalteabkommen 1932“ zwischen unseren Gläubigern aus dem Lager der jüdischen Hochfinanz und Deutschland abhandelt, nennt man im Privatleben Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses. Das Ganze ist weiter nichts als eine etwas zurechtgelebte Kolonialplatte. Das Volk hat durch unser Zutun diesen Zustand längst erkannt,

Geheimföngung des Völkerbundesrates

Genf, 29. Januar.

Der Völkerbundrat trat am Freitagmorgen ohne die Vertreter von Japan und China zu einer geheimen Sitzung zusammen, in der die jetzt noch dem neuen chinesischen Antrag zu ergreifenden Maßnahmen durchberaten werden. Es ist in Aussicht genommen, daß die Regierungen der 14 im Völkerbundrat vertretenen Mächte aufgefordert werden, ihre diplomatischen Vertreter in Schanghai für eine sofortige Untersuchung zur Verfügung zu stellen, die die Grundlage des weiteren Vorgehens des Völkerbundesrates bilden soll. Auf diese Weise ist die Beteiligung auch der kleineren Mächte zu der bisher nur in den Händen der Großmächte liegenden Untersuchung möglich geworden.

Dieser Vorschlag wird auch von deutscher Seite unterstützt. Ferner wird erwogen, den bereits eingesetzten Untersuchungsausschuß nicht, wie vorgesehen, über Washington, sondern direkt über Sibirien auf schnellstem Wege zu entsenden, um so schnell wie möglich in den Besitz eines telegraphischen Berichtes über die Lage zu gelangen.

In ruhigen Zeiten sucht man große Töne und bildet sich auf seine Großmachtstellung nicht wenig ein, läßt es aber an Brenghalt zu werden, so müssen auch die kleineren armen Schlucker herhalten. Dem Grundtag „Der Starke ist allein am härtesten“ wird hier, wie es scheint, nicht gehuldigt.



China zwingt den Völkerbund zur Pflichterfüllung!

Es verlangt Behandlung des Streites mit Japan gemäß Artikel 10 und 15 des Völkerbundespaktes

Die kriegerische Entwicklung des japanisch-chinesischen Konflikts wurde zum ersten Probestein für die Brauchbarkeit und Lebensberechtigung des Völkerbundes.

Mit einem Mal wird der ganze freimaurerische Zauber vor aller Welt zerstreut,

bricht das Lügegebäude der pazifistisch-imperialistischen Phrase in sich zusammen;

die geradezu himmelschreiende Unfähigkeit des

Völkerbundes wird vor aller Welt bloßgelegt.

Nur in der Verklaffung des am Boden liegenden Nachkriegsdeutschlands tüchtig, jedoch restlos unfähig, einen einigermaßen ernstlichen Konflikt zwischen freien Staaten zu schlichten, enthüllt

die Genfer G. m. b. H. zur Niederhaltung und Vernichtung der nordischen Rasse

anläßlich des gegenwärtigen japanisch-chinesischen Konflikts seine ganze Vämmerlichkeit und Erbärmlichkeit. Dem von

aber die Berliner Apphappresse und die bekannten amtlichen, maßgeblichen oder kurz offiziellen Stellen suchen noch zu beschönigen. Ja Brüning war der stillen Meinung, dem Volke einen Gefallen zu tun, wenn er eine der populärsten nationalsozialistischen Forderungen „Schluß mit den Tributen“ zu der Zeitigen machte und ex cathedra in die Welt posaunte! Aber wenn schon eine Stütze des Systems, und sei es auch der Reichskanzler, eine nationalsozialistische Forderung zwischen die Finger bekommt: sofort

ist das Unglück oder der Unfall fertig, wie dies z. B. der unglückliche Versuch der Schaffung einer Zollunion mit Oesterreich schmerzhaft beweist. Die unter dem Druck der durch den Nationalsozialismus geschaffenen Verhältnisse von Brüning abgegebene Erklärung, die Politik darstellte, in Wirklichkeit aber nur eine Erklärung war, mußte eben deshalb bedeutungs- und folgenlos in der Welt verhallen.

Erklärungen haben allein nie etwas genutzt. Erklärungen sind entweder Verkündungen

ihm feige und schmächtig im Stich gelassenen China ist endlich der letzte Geduldssaden gerissen und es verlangt nun in entschiedenster Form vom

phrasengewaltigen Völkerbund unter Berufung auf Artikel 10 und 15 des Völkerbundespaktes

die sofortige Erfüllung seiner schiedsrichterlichen Pflicht.

Durch diese der höchsten Verzweiflung entsprungene, jedoch mit größter Entschiedenheit vorgetragene Appellation Chinas an den

feige knieenden Völkerbund haben sich die Rollen von selbst gewechselt, und nun ist — wenn auch unbeabsichtigt —

China zum Ankläger und Richter über den Völkerbund geworden.

Wie unter dem 29. d. M. aus Genf berichtet wird, hat China folgende Forderung an den Völkerbund gerichtet:

Genf, 29. Januar.

Im chinesisch-japanischen Streitfall hat am Freitag ein neuer Abschnitt begonnen.

Der chinesische Gesandte hat dem Generalsekretär des Völkerbundes im Auftrage seiner Regierung ein Schreiben übermittelt, in dem China die Einleitung des offiziellen Verfahrens gegen Japan auf Grund der Artikel 10 und 15 des Völkerbundespaktes fordert.

Der Artikel 10 enthält die Verpflichtung der Mitgliedsstaaten, sich jedes Angriffs auf die territoriale Integrität und die politische Unabhängigkeit der übrigen Mitgliedsstaaten zu enthalten.

Artikel 15 enthält Vorschriften über das Verfahren zur Regelung eines Streitfalles im Falle eines bevorstehenden Bruches der Beziehungen.

Der chinesische Gesandte teilt mit, die chinesische Regierung lege sich zu diesem außerordentlichen Schritt gezwungen angesichts der Ereignisse der letzten Stunden. Die japanischen Truppen hätten verschiedene innerhalb der internationalen Zone gelegene Plätze besetzt. Ferner sei ein japanischer Vorkoh zur Pöschung der Eisenbahnlinie Schanghai-Ranking im Gange.

Der chinesische Gesandte teilte dem Generalsekretär weiter mit, daß er sich vorbehalten müsse, das Sanktionsverfahren des Artikels 16 des Völkerbundespaktes in Anspruch zu nehmen.

Die auf Freitagvormittag einberufene Sitzung des Völkerbundesrates, in der der Präsident Paul Boncour die am Donnerstag vereinbarte Erklärung abgeben sollte, ist im Hinblick auf die außerordentliche Verschärfung der Lage im Fernen Osten verschoben worden.

Wie zu erwarten war, hat dieses entschlossene Vorgehen Chinas bei dem in jeder Beziehung unfähigen Völkerbund die größte Bestürzung und Unklarheit hervorgerufen. Dazu meldet eine Nachricht aus Genf:

Genf, 29. Januar.

Der Antrag der chinesischen Regierung bei dem Völkerbundrat, das Verfahren nach Artikel 10 und 15 des Völkerbundespaktes gegen

von Ergebnissen politischen Tuns oder sie sind Aufrast zur politischen Tat. Andernfalls sind es öde Phrasen. Schon einmal hat Brüning gesagt, daß er nicht aktiv, sondern „Erklärungspolitiker“ treibt, nämlich als er nach Rom fuhr und auch dadurch den Nationalsozialisten den Wind aus den Segeln zu nehmen glaubte. Aber Besuche bei Mussolini, Brüning's und Abschiedsreden allein sind ebenwenig Politik, als pathetische Verlautbarungen vor englischen Reportern. Als Abschluß einer Reihe politischer Handlungen